



Aufruf: Kultur ins Grundgesetz !

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Bundesrepublik Deutschland ein Kulturstaat ist. Auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts versteht die Bundesrepublik als Kulturstaat. Was rechtlich gilt, sollte auch in der Verfassung rechtlich verankert sein.

Als Staatszielbestimmung aber formuliert das Grundgesetz nur Sozialstaat, Umweltschutz, Tierschutz, gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht und Friedensgebot.

Wir meinen, es ist Zeit, die kulturellen Lebensgrundlagen als gleichwertiges Verfassungsziel darzustellen. Ein Staatsziel Kultur unterstreicht die Verantwortung des Staates, das kulturelle Erbe zu bewahren, zu schützen und weiterzuentwickeln. Damit wäre die Kultur dem Sozialstaatsprinzip und dem Staatsziel des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen gleichgestellt.

Wir stellen fest, dass in nahezu allen Bundesländern Schutz, Pflege und Förderung von Kunst und Kultur als staatliche Aufgabe von Verfassungsrang festgelegt sind.

Wir stellen weiterhin fest, dass im Vertrag der Europäischen Gemeinschaft in Artikel 151 die Wahrung und Förderung der Vielfalt der Kulturen formuliert ist und EU-Mitgliedsländer die Kultur in ihren Verfassungen explizit festgeschrieben haben.

Wir unterstützen die Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker aller im Bundestag vertretenen Fraktionen in ihrem Bemühen, den Artikel 20 GG durch die Staatszielbestimmung „Der Staat schützt und fördert die Kultur“ zu ergänzen, so wie es die Enquete-Kommission in ihrem Zwischenbericht vom 1. Juni 2005 gefordert hat.

Eine Verankerung der Kultur als Staatsziel im Grundgesetz würde die Verantwortung des Staates unterstreichen, das kulturelle Erbe zu bewahren, zu schützen und die Kultur zu fördern. Eine solche Staatszielbestimmung wäre ein positives Signal für die Kultur und könnte Wirkungskraft entfalten für Europa, den Bund, die Länder und die Kommunen.

Ich schließe mich dem Aufruf an und bin mit der Veröffentlichung meines Namens einverstanden:

Name:

Anschrift:

Berufsbezeichnung:

Rücksendung bitte an: Kulturforum der Sozialdemokratie